

# Berliner Tageblatt

Nr. 476

und Handels-Zeitung

Freitag, 8. Oktober 1926

Verlagshaus: Scherz & Wollf in Berlin

Druck und Verlag von Rudolf Wollf in Berlin

## Seckts Abschiedsgesuch genehmigt.

### Kanzler Marx bei Hindenburg.

#### Die Frage des Nachfolgers.

Die Entscheidung über das Abschiedsgesuch des Generalobersten v. Seckt ist heute mittag gefallen. Am Vormittag empfing der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx zu einer eingehenden Aussprache. Der Kanzler ließ den Reichspräsidenten nicht darüber im Zweifel, daß auch er, in Übereinstimmung mit der Auffassung des Reichswehrministers und aller übrigen Mitglieder der Reichsregierung seine Wägigkeit sehe, den Konflikt beizulegen. An der Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten nahmen auch Staatssekretär Dr. Meißner sowie der Staatssekretär der Reichsjustiz Dr. F. v. Hüner teil.

In den Mittagsstunden erschien dann noch einmal der Reichswehrminister Dr. Gessler beim Reichskanzler Marx, um sich über das Ergebnis der Aussprache zwischen Kanzler und Reichspräsident zu informieren. Zu den Mittagsstunden hat dann der Reichspräsident das Abschiedsgesuch des Generalobersten v. Seckt unter Würdiger Anerkennung der von dem General im Krieg und Frieden dem Vaterlande und dem Heere geleisteten hervorragenden Dienste genehmigt.

Reichspräsident v. Hindenburg hat dann Generalobersten v. Seckt heute mittag noch einmal empfangen und ihm diese Anerkennung und seinen Dank noch persönlich zum Ausdruck gebracht.

Eine Entscheidung über den Nachfolger ist noch nicht getroffen. In unterrichteten Kreisen nimmt man allgemein an, daß Generalleutnant Gasse zum Chef der Generalstabsabteilung ernannt werden wird. Die von rechtsradikalen Seite propagierte Kandidatur des Generals v. Hoffberg dürfte ernstlich nicht in Betracht kommen.

Jeder einseitige, gerecht empfindende Mensch muß verstehen, daß es dem Reichspräsidenten v. Hindenburg schwer gefallen ist, seine Zustimmung zu dem Rücktrittsgesuch des Generalobersten v. Seckt zu geben. Wir haben gesagt, daß

auch wir mit aufrichtigem Bedauern den tragischen Abschluß einer Angelegenheit sehen, in die Herr v. Seckt sich hat hineingelassen und es ist völlig klar, daß der Reichspräsident vor einer Entscheidung zögern mußte, die einen anderen hohen und ungemein verdienstvollen Militär und einen Mann von großen und vornehmen Eigenschaften trifft. Undeinen, vom ersten Augenblick an war auch klar, daß ein anderer Ausweg nicht zu finden sein würde — falls man nicht bereit wäre, eine unter solchen Umständen außerordentlich ernste Regierungskrise heraufzubeschwören. Der Reichswehrminister Dr. Gessler beharrte auf dem Standpunkt, daß seine Autorität, sowohl gegenüber der Reichswehr wie gegenüber dem Parlament, völlig zerfallen sein würde, wenn die Entscheidung des Reichspräsidenten gegen die Annahme des Entlassungsgesuches ausfallen sollte, und daß er dann selbst zurücktreten müsse, und der Reichskanzler und alle anderen befragten Mitglieder des Reichsabinetts schlossen sich im Entschiedenheit dieser Ansicht an. Kompromissvorschläge lehnte Dr. Gessler ab, da auch eine scharfe öffentliche Debatte von dem Herrn v. Seckt das Verdienen des Generalobersten auf seinem Posten unmöglich machen würde und man den militärischen Chef der Armee nicht erheben könne, wie einen weniger hochstehenden Offizier. Da der Reichspräsident in seinem Verantwortungsbewußtsein ein Gesamtbedenken des Reichsabinetts mit all ihren schweren und unabsehbaren Folgen vermeiden wollte, hat er seine Genehmigung zu dem Entlassungsgesuch des Herrn v. Seckt erteilt. Nunmehr erhebt sich die Frage, wer der Nachfolger des Scheidenden werden soll. Eine so bedeutende Verantwortlichkeit wie Seckts wird sich nicht finden lassen, aber das ist vielleicht auch nicht nötig, da die großen und schwierigen militärischen Aufgaben von dem General v. Seckt gelöst worden sind. Gerade die Jahre, die zum Rücktritt Seckts geführt hat, zeigt, was jetzt in den Vordergrund der Erwägungen gestellt und was vermieden werden muß. Wenn ein Mann von dem Charakter und der Intelligenz des Generalobersten v. Seckt durch momentane Nachsichtigkeit gegenüber Mängeln, die aus den strengen des vergangenen Regimes an ihn herantraten, zu Fall kam, so ist es ein Mann, man auch daraus merke, wie sehr auf dieser hohen Stelle unerschütterliche Wachsamkeit sich mit fester Staatsgesinnung vereinigen muß, und jede Wagh, die auf einen in seiner Staatsstunde nicht absolut zuverlässigen und nicht genügend widerstandsfähigen Mann fielen, würde unablässige Verwirrung in das staatliche Leben und in die Reichswehr bringen.

## Lord d'Abernon.

von [Pseudonym verbleiben] Viator.

Lord d'Abernon wird nun Berlin verlassen. Damit findet eine lechsjährige Botschaftertätigkeit ihr Ende, deren Dauer und Bedeutung eine besondere Betrachtung rechtfertigt. Sie wird in der Geschichte der Diplomatie nach dem großen Siege als ungewöhnlich glanzvoll und erfolgreich fortleben. Als der scheidende Botschafter im Jahre 1920 sein hohes Amt antrat, litt Europa und vor allem Deutschland, trotz der vielmehr infolge des Verfalls der Kriegsgeldes und den Folgen des gigantischen Kampfes, noch auf das Juchhefte unter dem Fortleben des Kriegesieges und den Folgen des gigantischen Kampfes. In diesem Kampfe war dem deutschen Volke der letzte Tropfen Blut, der letzte Rest Wohlhabenheit abgepreßt worden. Den kranken und blutleeren Staatskörper schüttelte das Fieber der Revolution und der Inflation. Dem besiegten und gebeugten Volk fehlte das Selbstvertrauen, das die Nationen, die sich durch den Sieg über Deutschland erhoben, in sich selbst und in der Zukunft der deutschen Nation zu haben glaubten. Die englische Politik konnte also für ein langes Stück Weg mit der deutschen parallel gehen, indem die wirtschaftliche und moralische Wiederaufrichtung Deutschlands, seine Rückkehr in die europäische Völkerfamilie und eine Milderung der gefährlichen Gegensätze zwischen ihm und Frankreich für lange Zeit den politischen Bestrebungen beider Nationen fast gleichgerichtet Ziele boten. Diese anfängliche Hoffnungslosigkeit der Arbeit mit Freige und Einflußnahme aufgenommen und sie im großen Ganzen zu einem Erfolge geführt zu haben, ist das historische Verdienst des scheidenden Botschafters.

Die englische Regierung hat Lord d'Abernon durch die Verleihung des Titels Viscount geehrt; die deutsche hat ihm beim Abschied als Zeichen ihrer dankbaren Hochachtung ein solches Merkmal der Anerkennung verliehen. Seine Tätigkeit als Botschafter war ein glanzvoller Erfolg, der eigenen und der fremden Regierung, bei der man akkreditiert war, zu Dank gearbeitet zu haben, ein Erfolg, auf den Viscount d'Abernon mit berechtigter Befriedigung zurückblicken kann. Unterzucht man nun, welchen besonderen Eigenschaften Viscount d'Abernon diese Erfolge verdankt, so muß in erster Linie hervorgehoben werden, daß er für eine solche Aufgabe gründlich vorbereitet war. Hat auch Sir Edgar Vincent, als jüngerer Sohn eines englischen Adelshauses nicht all Molen gebietet, einen Teil seiner Lebensarbeit finanziellen Aufgaben gewidmet, so wäre es doch ein großer Irrtum, zu glauben, er sei in erster Linie ein Finanzmann gewesen. Sein Streben ging von Jugend an auf eine Vererbung in das Foreign Office. Er hat die Prüfung für den diplomatischen Dolmetschendienst mit Auszeichnung abgelegt und später bei der vorkrieglichen Grenzkommission als Privatsekretär von Lord Bismarck rein diplomatische Aufgaben bearbeitet. Außerdem darf man nicht übersehen, daß der größte Teil seiner finanziellen Arbeit in Orient geleistet wurde, wo die Zusammenhänge zwischen Politik und Finanz noch viel enger sind als bei uns.

Nimmt man zu dieser glücklichen Vorbereitung den Eindruck einer lebendigen und gemündeten Persönlichkeit selbst an der Schwelle der Zeitgenossen, so wird man sich ein schöner Mann zu nennen, der sich aufrecht trägt — kraftvollen Optimismus, der sich sein Ziel nicht vermindern läßt, weltmännische Gewandtheit und Erfahrung, so hält man wesentliche Faktoren diplomatischen Erfolges in der Hand. Lord d'Abernon ist ein eifriger Sportsmann auf allen Gebieten, jog Vollblut und beschaffte von Klasse. Das sportliebende Berlin kannte ihn hauptsächlich als Golfspieler; der Schaffung des neuen Golfplatzes in Wannsee brachte er das rechte Interesse entgegen, fast täglich konnte man ihn dort begegnen.

Befiehlt die wichtige Arbeit des Diplomaten darin, Vertrauen und Sympathie zu gewinnen, so gehört zweifellos ein wesentlicher Teil des Erfolges auch der Gattin des Botschafters, Viscountess d'Abernon. In vierzehn Jahren nach einer Ehezeit, die etwas fragile Grazie verleiht, das englische Frauenideal aus dem letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts, wie es etwa Angelica Kaufmann gemalt hat —, ist diese Tochter eines vornehmen englischen Geschlechtes in erster Linie eine sehr große Dame mit all den Tugenden, die zu einem anerkennenden machen. Keine Treppe war ihr zu hoch, kein Wort zu weit, wenn es galt, persönlich die Hände jüngerer und Glückseliger nicht gelassener Kolleginnen zu erwidern. Bei allen Repräsentationspflichten immer gleichmäßig heiter, gleichmäßig teilnehmend nicht nur mit den Gippen, sondern mit einem im inneren Wesen wohl warmen, menschenfreundlichen Herzen.

Anders als es nach dem großen Krieg der Vergangenheit, wie zum Beispiel den napoleonischen, der Fall war, haben die Ereignisse, die in dem zum Vorkriegsepoche genorden Weltkrieg aufeinander prallten, auch nach dem Friedensschlusse noch lange

## Dr. Marx zur Beamteneinigung.

### „Der Deutsche Beamtenebund“.

#### Die Einigungskundgebung.

Am Verlauf der großen Einigungskundgebung aus Anlaß des Zusammenfassens der Beamteneverbände, worüber wir auf Seite 3 berichteten, nahm auch Reichskanzler Dr. Marx das Wort. Er sagte:

Selten bin ich bei der Einleitung zur Konstituierung einer neuen Organisation so freudigen Vergnügens gefolgt wie am heutigen Tage. Ich begrüße und begrüße den heutigen Tag als einen der wenigen freien, entscheidenden Tage, an denen wir von unseren Vorgesetzten und in bester Überzeugung sagen können: Unsere nationale Geschlossenheit, unser deutsches Volkstum, hat wiederum einen bedeutenden Schritt vorwärts getan zu seiner Rettung und zu seiner Stärkung. (Beifall.)

Die Einigungskundgebung hat alle Veranlassung, den heutigen Tag ganz besonders frohen Vergnügens zu begehen und allen denen, die zur Einigung dieser großen Beamteneinigung beigetragen haben, den allerbesten Dank auszusprechen. Es ist nicht so sehr eine Jubiläumsgedächtnis der Beamteneinigung, als vielmehr die Gründung einer neuen Organisation, die zum Wohle der Nation und zum Wohle des deutschen Volkes beitragen soll. In ihren bestmöglichen Interessen hat sich geeinigt und mehr geeinigt. Aber unser deutsches Volk treibt sich jeder und in allen Teilen Organisationspolitik, und das mit Recht. Die Organisation bezieht sich auf dem Schwachen Hilfe und Hilfe. Es werden, das ist nicht zu bezweifeln, mit einer ganz anderen Entschiedenheit die Wünsche vertreten können, die dann schließlich in der großen geschlossenen Organisation befristet werden. Aber bei dem gebundenen Wesen der Beamteneinigung hat sich die Aufgabe gestellt, die Beamteneinigung zu sein, das ist in Interesse des ganzen deutschen Volkes liegen und von seiner Staatsregierung angelehnt werden können, der es erst ist um die Belange des Deutschen im allgemeinen.

Der Herr Reichskanzler hat einen Gesichtspunkt berührt, der mir so ganz aus dem Bereich gesprochen ist. Er hat als Ziel des Deutschen Beamteneinigung die politische Neutralität, ohne Rücksicht auf Konzeptionen, ohne Rücksicht auf die einzelnen Bestrebungen, die wir in unserem Land zu verfolgen haben, nur im Interesse der Überparteilichkeit und des Volksganges betont. Das Wort „politische Neutralität“ ist bestimmt nicht in dem Sinne des politischen Indifferenzismus gemeint (sehr richtig). Der deutsche Mann und die deutsche Frau müssen heute wissen, was sie politisch wollen. Es ist der Charakter des Volkstums, daß jeder Einzelne Interesse gewinnt am Interesse des Volksganges. Es sollen die politische Neutralität

auf im Sinne des politischen Ideals, nicht materiell, sondern im Sinne der Weltanschauung des Einzelnen, des Einzelnen und des deutschen Volkes, die ihm nun einmal angeeignet ist im Rahmen der Völker. Dieses Ideal soll erreicht werden auch auf dem parteipolitischen Boden. Es gilt immer, um das Wohl des Volkes und des Staates zu ringen. Wenn wir los handeln, werden wir das Ziel erreichen, das wir uns in diesem wie jedem anderen der letzten Jahre den deutschen Volk zugesagt hat. Dann werden auch die Irrtümer zurücktreten, die leider in so manchen Dingen uns geplagten und zerstückten. Es gibt nur ein Ziel: Das Wohl der Nation, die Einheit unseres Reiches, die Wohlfahrt der Völker, die Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes. (Beifall.)

Es kommt dann der große andere hochbedeutende und wichtige Gesichtspunkt, den Herr Reichskanzler mit besonderer Kraft in den Vordergrund gestellt hat: **Staatspolitische Einigkeit.** Das ist ein wertvolles, ein unüberwindlich gutes Wort. Es darf für einen deutschen Beamten und für den Beamtenebund keine Frage der Staatsform mehr geben. **Einigkeit, kameradschaftliche Einigkeit.** Die Staatsform ist da, richtig, moralisch unanfechtbar. Die Verfassung ist zu ändern, zu ändern und zu ändern. Das ist eine der Hauptaufgaben des Beamteneinigung.

Ich habe nun dem Standpunkt, daß unsere Republik jetzt befestigt ist und daß — abgesehen von einigen wahnwitzigen Ideen — kaum mehr jemand was, sie anzugreifen. Aber eins fehlt ihr: die Notwendigkeit, die sie zu verankern hat. (Ständliche Zustimmung.) Darin müssen die Beamten ganz besonders vorbildlich für die andere Bevölkerung sein. Gerade darin sollen wir auch dem Ausland gegenüber den Beweis für unser deutsches Volk ablegen. Was wir uns mandamental in einzelnen Kreisen hier geschaffen, das wird in England, Amerika und sonstwo unmöglich. (Sehr richtig.) Was der Reichstag die Landesversammlungen angeht, muß unübersehbar sein von jedem Stand der Beachtung und Geringfügigkeit.

Wir dürfen das nicht gewonnen oder ungenutzt belassen, sondern müssen auch nach außen hin die Verfassung als die Grundlage abgeben, auf der wir zu dem Wohle unseres ganzen Volkes zusammengehen wollen. Diese Angelegenheit zum Ausdruck zu bringen, immer, wo sich dazu irgendwo Gelegenheit bietet, das ist in erster Linie Pflicht der Beamteneinigung, gleichviel, ob es sich um höhere, mittlere oder untere Beamte handelt. (Zustimmung.) Ich würde fast nicht gern diese Unterredung. Aber, halt man an diesen Bestimmungen fest, dann bringt die Auffassung, zu den höheren Beamten sich rechnen zu müssen, auch höhere Pflichten mit sich. (Ständliche Zustimmung.) Die höheren Beamten sollen gerade auch den anderen Beamten und der ganzen Bevölkerung mit dem Beispiel vorangehen, unerschütterlich fest und mit aller Achtung und Ehrerbietung auf dem Boden der Verfassung zu stehen.

Die Beamteneinigung bereitet dem Reichskanzler eine anhaltende Obsequenz.